

Fachdienst Kulturmanagement

Frau Jessica Struckmeier, Tel. 172627

TOP: Durchführung der neuen Dauerausstellung in den Museen der Stadt Lüdenscheid

Beschlussvorlage Nr. 278/2018

Produkt: 04.05.02 Ausstellungsprojekte des Geschichtsmuseums

Beratungsfolge

Rat der Stadt Lüdenscheid

Behandlung

öffentlich

Sitzungstermine

10.12.2018

Finanzielle Auswirkungen?

ja

nein

investiv konsumtiv

	einmalig	lfd. jährlich
Aufwendungen/Auszahlungen	2.500.000,00 €	
Folgekosten (AfA, Unterhaltung...)		
Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen		
Sonstige Erträge/Einzahlungen	1.000.000,00 €	

Bemerkung:

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto:

nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: auf die Darstellung der Möglichkeiten zur Finanzierung in der Begründung wird verwiesen
/ /

Laufend: / /

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Erneuerung der Dauerausstellung in den Museen der Stadt Lüdenscheid.

2. Sollte sich im Jahresabschluss 2018 ein Überschuss in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro ergeben, befürwortet der Rat der Stadt Lüdenscheid, dass ein Teilbetrag in Höhe von 1,5 Mio. Euro zur Bildung einer Sonderrücklage gemäß § 43 Abs. 4 S. 2 GemHVO NRW zur Sicherung der Erneuerung der Dauerausstellung verwendet wird.

Begründung:

In der Kooperationsvereinbarung zwischen den Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP im Gefolge der Kommunalwahl von 2009 wurde erstmals die Erneuerung der Dauerausstellung des Geschichtsmuseums als Ziel festgeschrieben und gemeinsam mit der CDU-Fraktion und den übrigen Fraktionen diskutiert.

Sachliche Defizite der aktuellen Dauerausstellung

Doch weit über Parteigrenzen hinweg war die Erneuerung vielfach als politisches Ziel gesetzt worden, weil folgende Feststellungen getroffen werden konnten:

1. Die alte Dauerausstellung ist wegen der stadt- und regionalgeschichtlichen Projekte des Geschichtsmuseums seit den 1990er Jahren und sonstiger Forschungserträge in nahezu allen wesentlichen Teilbereichen wissenschaftlich überholt – man denke an die Darstellung der NS-Geschichte – oder sie ist in anderen Teilbereichen mit Blick auf die Selbstdarstellung der Stadt Lüdenscheid abwegig veraltet – etwa wenn man an die Differenz zwischen dem heutigen Selbstverständnis von Lüdenscheid als „Stadt des Lichts“ im Gegensatz zum aktuell in den Museen vorhandenen Licht-, Leuchten- und Schalter-Raum denkt.
2. Es ist in den letzten Jahren projektbezogen und durch viele Schenkungen die Sammlung umfangreich erweitert worden. Doch eine Ergänzung der alten Dauerausstellung durch neuerworbene Sammlungsobjekte sowie die Integration der durch die großen Sonderausstellungen wissenschaftlich aufgearbeiteten Themen hat nicht stattgefunden. Eine Integration von Objekten und Themen in die alte Dauerausstellung erschien zu keinem Zeitpunkt als sinnvoll, weil eine solche Einarbeitung als sehr fragwürdiges „Stückwerk“ zu betrachten ist.
3. Fragestellungen und Ergebnisse der Geschichts- und Museumswissenschaft, der Didaktik und der inszenatorischen Ausstellungspräsentation, wie sie in den letzten 30 Jahren entwickelt worden sind, finden in der alten Präsentation keine Berücksichtigung.
4. Das Alleinstellungsmerkmal der Lüdenscheider und der südwestfälischen Industrie insgesamt, nämlich die schier unglaubliche Kompetenz in der permanenten Produktinnovation, bei der Verfeinerung von metall-, kunststoff- und elektrotechnischen Produkten in der Vergangenheit bis zur Gegenwart, findet in der gegenwärtigen Ausstellung fast gar keine Berücksichtigung.
5. Als besonderes Manko ist festzuhalten, dass die gegenwärtige Dauerausstellung in gleich zweifacher Hinsicht als stumm und unbelebt gesehen wird: So kommen keine Menschen vor. Man erfährt nichts über die arbeitenden und handelnden Personen. Überdies gibt es keine belebten Bilder. Und genau dies ist mit Blick auf die Sammlung ein besonderes Problem. Ihre Struktur, auch und gerade im Hinblick auf die Industriegeschichte, ist kleinteilig, es dominieren Knöpfe, Orden, Ehrenzeichen und Schnallen. Dieses Manko fehlender Bilder ist besonders bedauerlich, weil die zusammengetragenen oder für die neue Dauerausstellung dauerhaft ausleihbaren Sammlungen – also die Sammlungen vieler „hidden champions“ – zeigen, dass Lüdenscheid in Südwestfalen zu den dynamischsten Industrieregionen Deutschlands und Europas gehört. Diese Sammlungen sind in ihrer Gesamtheit von nationaler, ja europäischer Bedeutung.

Die Aufzählung grundlegender Probleme der aktuellen alten Dauerausstellung ist noch durch weitere Punkte zu ergänzen:

1. So bleibt die Stadt- und Regionalgeschichte, wie sie derzeit präsentiert wird, vielfach unverständlich. Bereits für die Generation der Zeitgenossen im Alter von unter 50 Jahre wirkt sie ausschließlich durch den schönen Schein außergewöhnlicher Sammlungsbestandteile. Eine Möglichkeit, sich in die Lebens- und Arbeitswelt beispielsweise der Zeit vor 20, 50, 100 oder 150 Jahren hineinzudenken, ist nicht gegeben.
2. Zur Zuwanderungs- und Migrationsgeschichte – mittlerweile eine Kernkompetenz des Museums – ist Fehlanzeige zu vermelden.
3. Ein weiterer wesentlicher Mangel der aktuellen Dauerausstellung ist der vor gut 15 Jahren vorgenommene Abbau der Dauerausstellung im Erdgeschoss, also die Entfernung der Darstellung der Entwicklung und Geschichte der Stadt vor der Industrialisierung. Die im Obergeschoss gezeigte Ausstellung vor allem zur Welt der Knöpfe und Abzeichen wirkt dadurch isoliert. Derzeit endet der Ausstellungsrundgang eigentlich im Raum „Nationalsozialismus“, der losgelöst von den restlichen Inhalt

ten der Ausstellung den Abschluss der aktuellen Dauerausstellung bildet. Eine Darstellung der Stadtgeschichte und speziell der Innovationsgeschichte nach 1945 gibt es zurzeit nicht. Ein solches Ausstellungsende mit der 1945-Zäsur und die Unfähigkeit der derzeitigen Ausstellung, eine stringente, hoffentlich in eine gute Entwicklungsperspektive unserer Stadt weisende Geschichte zu erzählen, bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen keine Orientierung.

Initiativen zur Finanzierung der neuen Dauerausstellung

Im Gefolge der am 30. August 2009 durchgeführten Kommunalwahlen und dem damals von den Museen präsentierten landesweiten NRW-Großprojekt mit dem Auftakt in Lüdenscheid unter dem Titel „Preußen – Aufbruch in den Westen“ wurde seitens der Museen ein Grobkonzept für eine neue Dauerausstellung erstellt. Das Grobkonzept wurde dann in der 2. Jahreshälfte 2010 an das LWL-Museumsamt geschickt, auf das hin am 26.11.2010 eine zustimmende Stellungnahme des südwestfälischen Gebietsreferenten erfolgte. Seitdem befindet sich die „Neue Dauerausstellung“ des Geschichtsmuseums in Lüdenscheid in einer Liste mit Förderprojekten, die für die mittelfristige Finanzplanung der Kulturabteilung des Landschaftsverbandes angemeldet und vorgemerkt sind. Diese Anmeldung wurde wiederholt in Gesprächen bestätigt. Nach diesem Signal seitens des Landschaftsverbandes trat das Museum in Verhandlungen mit den Stadtwerken Lüdenscheid bzw. dem ENERVIE-Konzern ein, um eine große Basisfinanzierung für eine komplexe Mischfinanzierung über einen Förderverein zu erhalten, um mit einem intelligenten Finanzierungsmodell erforderliche Vergaben schnell durchführen zu können und den Haushalt der Stadt Lüdenscheid zur Fertigstellung des Werkes dann nur in einem überschaubaren Umfang zu belasten. Entsprechende Gesprächsprotokolle mit dem ENERVIE-Konzern weisen die Summen aus, um die es ging, nämlich mindestens 250.000,00 oder höchstens 300.000,00 Euro. Der zentrale Vermerk ist der vom 13.01.2012, in dem die Idee und die Ziele ausführlich ausgebreitet wurden. Im Frühsommer 2012 wurde dann mitgeteilt, dass die in Rede stehenden Beträge für REGIONALE-Projekte, insbesondere für die Phänomenta eingesetzt werden würden. Aus der Perspektive der Gesamtverantwortung für die Museen wurde daher seither die Realisierung aussichtsreicherer Projekte verfolgt, etwa des ausschließlich mit Drittmitteln finanzierten Projektes „Wider Napoleon!“, für das aus Münster und Düsseldorf circa 200.000,00 Euro zuflossen.

Nach den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 fand in dem Kooperationsvertrag vom 15. Juni 2014 die neue Dauerausstellung erneut Erwähnung. Die entsprechende Passage lautet, wörtlich wiedergegeben: „Die Dauerausstellung des Geschichtsmuseums muss bis zum 750-jährigen Stadtjubiläum 2018 überarbeitet sein.“ Gespräche mit Politik und Verwaltung sollten dann klären, ob es sich um eine Überarbeitung oder um eine inhaltliche, thematische, sachliche und szenografische Erneuerung handeln soll. Die Antwort war eindeutig: Es soll nicht um eine Überarbeitung, sondern um eine Erneuerung gehen. Ausführlich erörtert wurde auch die zentrale Frage, ob die Drittmittelakquisition für sonstige Projekte, die Realisierung von sonstigen Ausstellungsprojekten oder schlicht der Betrieb des Museums während der weiteren zeit- und personalintensiven Planungsphase für die neue Dauerausstellung fortgesetzt werden sollte. Auch diese Frage wurde bejaht und eine Schließung ohne gesicherte Finanzierung für die Neue Dauerausstellung kulturpolitisch als äußerst problematisch bewertet. Eine Erneuerung der Dauerausstellung bis zum Stadtjubiläum 2018 wurde zwar auch damals als wünschenswert erachtet, aber wegen der mit gedrängten Zeitplänen verbundenen Verringerung der Eigenleistungsmöglichkeiten und zu erwartender Kostensteigerungen verworfen.

Weiterer Verlauf

Das bereits bestehende politische „Begleitgremium Museum“ mit Vertretern aller im Rat mit Fraktionsstatus versehenen politischen Parteien wurde im Herbst 2014 zu regelmäßigen Sitzungen eingeladen. Die Maßgabe war es, die Erneuerung der Dauerausstellung bis 2021 auf den Weg zu bringen. Das Grobkonzept wurde dann bis zu den Sommerferien 2015 verfeinert.

Weitere Schritte waren:

1. Zum Ende der Beratungen des Begleitgremiums mussten noch Änderungen im Hinblick auf einen Außenfahrstuhl vorgenommen werden; die Änderung hatte einschneidende Auswirkungen auf die Laufrichtung der Besucher und die Besucherführung allgemein und die thematisch-chronologische

Strukturierung.

2. Im Kulturausschuss wurde wegen dieser Änderungsgründe die Notwendigkeit von Mitteln für einen Beratungsprozess angemeldet.

3. Im Haushalt 2016 waren diese Mittel bereitgestellt, 2016 wurde eine Ausschreibung durchgeführt. Die Vergabe konnte aber erst im Frühjahr 2017 auf der Basis eines Angebots des Berliner Unternehmens beier+wellach projekte vom 05.12.2016 in Höhe von 34.288,60 Euro erfolgen, so dass der erhoffte ganzjährige Beratungsprozess gedrängt neben den sonstigen üblichen Aufgaben wie Vorbereitungen von Projekten für das Stadtjubiläumjahr erfolgen musste. Der sogenannte Kick-off-Termin, also der Auftakt der Beratung, fand Ende April 2017 statt. Alle anderen Projekte wurden und werden weiterverfolgt. Die personalintensive und von Fachlichkeit geprägte Zu- bzw. Zusammenarbeit mit dem Beratungsbüro war ein politisch herbeigeführter und beschlossener, zusätzlicher Auftrag an das Personal des Geschichtsmuseums. Die notwendigen Recherchearbeiten haben also auf Seiten des Geschichtsmuseums eine erhebliche Aufwandssteigerung ausgelöst. Für die Bearbeitung des Projekts standen im Geschichtsmuseum lediglich zwei wissenschaftlich ausgebildete Kräfte zur Verfügung, die aber keinesfalls ausschließlich für dieses Projekt arbeiten konnten. Es war von Anfang an sichtbar und zeigte sich nun in der konkreten Erarbeitungsphase deutlich, dass die wissenschaftlichen Kräfte des Geschichtsmuseums Unterstützung in diesem Projekt benötigten, um dieses unter dem zwischenzeitlich gewachsenen Zeitdruck realisieren zu können. Bereits im Jahr 2014 wurde eindringlich in einem Konzeptpapier der Museumsleitung auf Erfordernisse und Notwendigkeiten hingewiesen, die für die Realisierung der Erneuerung der Dauerausstellung zu berücksichtigen sind. Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die Einstellung einer wissenschaftlichen Volontärin am 15. Oktober 2017, die sich als große Verstärkung erwies.

Seither wurden mehrere Maßnahmen durchgeführt, um das Projekt inhaltlich zu festigen und die Grundlagen der weiteren Maßnahmen zu ermitteln. Im Einzelnen sind dies:

1. Erarbeiten dichter Erzählungen zu allen relevanten Themen der Stadtgeschichte (Technik, Wirtschaft, Kultur, Religion, Soziales) und Entwicklung von sogenannten Narrationstexten durch das wissenschaftliche Team, welche auf insgesamt 161 Seiten die genannten Themen über den Verlauf der gesamten Zeitachse abbilden.
2. Erarbeiten von sogenannten Intentionstexten, ebenfalls durch die wissenschaftlichen Angestellten des Museums. Diese Intentionstexte ermitteln für jeden einzelnen Raum der neuen Dauerausstellung Art, Umfang und Ziel der Vermittlung, um Medieneinsatz, Vitrinensituation, Exponatlage und sämtliche ähnliche Einschätzungen realistisch treffen zu können.
3. Erarbeiten eines Drehbuchs im Umfang von 86 Seiten gemeinsam mit beier+wellach projekte, um die neue Dauerausstellung in den Bereichen Themenwahl, Raumaufteilung, Exponatlage, Vermittlungsziel und Gesamtzusammenhang im Rahmen eines Vorprojektes zu strukturieren.
4. Erstellen einer umfassenden Kalkulation seitens beier+wellach projekte und Führen von Vorgesprächen mit potentiellen Fördergebern seitens des Museums. Die Gesamtmaßnahme Neue Dauerausstellung (inkl. der Sanierung des Außenbereichs und des Glaszwischenbaus sowie aller nötigen baulichen und ausstellungsrelevanten Arbeiten) beläuft sich auf 2,5 Mio. Euro, davon verpflichtet sich das Museum zur Einwerbung von Drittmitteln in Höhe von 1 Mio. Euro. Der Eigenanteil der Stadt beläuft sich somit auf 1,5 Mio. Euro. Auf Grundlage dieser bereits sehr detaillierten Kalkulation konnte mit dem LWL-Museumsamt ein bedeutender Fördergeber in die Vorplanung miteinbezogen werden, der anhand der momentan zur Verfügung stehenden Zahlen eine Förderung von ca. 520.000,00 Euro in Aussicht stellte. Nicht berücksichtigt wurden dabei Inklusionsmaßnahmen, die ebenfalls förderfähig wären. Diese eingerechnet, kann man Stand heute von einer LWL-Förderung in Höhe von ca. 600.000,00 Euro ausgehen. Mit Sicherheit ist davon auszugehen, dass zahlreiche Inklusionsmaßnahmen eingearbeitet werden müssen, so dass die Kalkulation mit 80.000,00 Euro vollkommen sachgerecht erscheint.

Dazu kommen bereits eingeworbene Drittmittel in Höhe von 147.500,00 Euro seitens der Kulturstiftung des Bundes, um einen Teil der Dauerausstellung, die „Wunderkammer der Zukunft“, mit partizipativen Methoden ‚vorab‘ den Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren und damit die neue Dauerausstellung anzukündigen. Falls die 147.500,00 Euro nicht als eingeworbene Drittmittel im Haushalt als Maßnahmenbestandteil der neuen Dauerausstellung abgebildet werden können, muss die Gesamtsumme von 2,5 Mio. Euro durch in der Planung enthaltende Maßnahmen in Höhe von 147.500,00 Euro reduziert werden. Die vorgesehene Deckelung in der Höhe von 1,5 Mio. Euro als

Mittel des städtischen Haushaltes bleibt hiervon also unberührt, da Maßnahmenteile aus der Gesamtmaßnahme ersatzlos gestrichen werden würden und müssten. Die verbliebenen einzuwerbenden Drittmittel in Höhe von ca. 250.000,00 Euro sollen aus verschiedenen Fördermitteln öffentlicher sowie privater Stiftungen, Fonds, Spenden und Sponsorengeldern akquiriert werden.

Nächste Schritte

Durch die bisher erfolgten und hier erläuterten Maßnahmen wurde das Vorprojekt so zu Ende gebracht, dass nach Freigabe der nötigen Mittel mit dem Herbeiführen eines Ausschreibungsverfahrens begonnen werden kann. Das Museum sieht sich in der Lage, nach erfolgtem Beschluss und aller unten genannten Voraussetzungen, auch zur Frage der Gegenfinanzierung weitere Maßnahmen einzuleiten, dazu zählen etwa weitere Gespräche mit potentiellen Fördergebern sowie das Stellen von Anträgen für zusätzliche Förderungen. Ein parallel erfolgreiches Ausschreibungsverfahren sowie Weiterarbeit an inhaltlichen Fragestellungen der neuen Dauerausstellung, Kontaktaufnahme mit Leihgebern und Definition von Arbeitspaketen und Zielvorgaben ermöglicht es, das Hauptprojekt ohne Verzögerung weiter zu führen.

Der Kulturausschuss hat in seiner Sitzung am 14.11.2018 die Durchführung der neuen Dauerausstellung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Möglichkeiten der Finanzierung unter Beachtung des „investiven Deckels“

Zur Reduzierung des hohen Bestandes im Bereich der Investitionskredite und der hieraus resultierenden hohen Zinsbelastungen hat der Rat der Stadt bekanntermaßen im Haushaltssicherungskonzept 2012 den sogenannten „investiven Deckel“ beschlossen. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2019 veranschlagten Investitionen einschließlich der vorliegenden Änderungen aus der Änderungsliste wird der investive Deckel ausgereizt. Die Erneuerung der Dauerausstellung ist nicht Bestandteil dieser Planung. Um die Maßnahme in der Haushaltsplanung 2019 berücksichtigen zu können, wären dementsprechend bereits veranschlagte Investitionen in Höhe des für die Erneuerung der Dauerausstellung notwendigen städtischen Eigenanteils von 1,5 Mio. Euro zu streichen. Ein adäquater Vorschlag für eine entsprechende Streichung ist derzeit nicht ersichtlich.

Alternativ kommt lediglich die Bildung einer Sonderrücklage gemäß § 43 Abs. 4 S. 2 GemHVO NRW in Betracht, für die allerdings einige Voraussetzungen vorliegen müssen, deren Eintritt überwiegend in der Zukunft liegt und zudem teilweise ungewiss ist:

- Die Bildung einer Sonderrücklage ist zulässig, um eine vom Rat beschlossene Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen zu sichern. Da eine Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Lüdenscheid zur Erneuerung der Dauerausstellung derzeit noch nicht vorliegt, enthält Ziffer 1. dieser Sitzungsdrucksache einen entsprechenden Beschlussvorschlag.
- Zur Bildung einer ausreichend dotierten Sonderrücklage ist es zudem erforderlich, dass sich im Jahresabschluss 2018 ein Überschuss in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro ergibt. Auch wenn sich gegenüber dem für 2018 fortgeschriebenen Plandefizit in Höhe von 11,5 Mio. Euro eine deutliche Verbesserung abzeichnet und ein positives Jahresergebnis erreichbar scheint, ist das genaue Jahresergebnis aktuell noch nicht verlässlich prognostizierbar. Dies gilt umso mehr, da nicht alle im Jahresabschluss zu berücksichtigenden Sachverhalte derzeit bekannt bzw. bezifferbar sind (z.B. die Höhe der Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen).
- Einen entsprechend hohen Überschuss im Jahresabschluss 2018 vorausgesetzt, darf die beabsichtigte Bildung der Sonderrücklage im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Rechnungsprüfungsausschuss bzw. die örtliche Rechnungsprüfung nicht beanstandet werden.
- Weiterhin muss der Rat der Stadt Lüdenscheid die Bildung der Sonderrücklage im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2018 gem. § 96 Abs. 1 S. 2 GO NRW tatsächlich beschlie-

ßen. Die entsprechende Entscheidung durch den Rat kann voraussichtlich erst im vierten Quartal 2019 erwartet werden.

- Gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW ist der vom Rat festgestellte Jahresabschluss der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Insoweit ist es abschließend ebenfalls erforderlich, dass die Kommunalaufsicht eine entsprechende Bildung der Sonderrücklage nicht beanstandet. Es bleibt abzuwarten, ob die Kommunalaufsicht die Bildung einer Sonderrücklage aus dem Jahresüberschuss 2017 zugunsten des Neubaus der Feuer- und Rettungswache akzeptiert. Allerdings ist selbst eine solche Akzeptanz nicht präjudizierend für eine mögliche Sonderrücklage zugunsten der Erneuerung der Dauerausstellung. Während der notwendige Neubau der Feuer- und Rettungswache einen zentralen Bestandteil der städtischen Sicherheitsinfrastruktur im Bereich der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben darstellt, ist die Bereitstellung musealer Angebote und somit auch die Erneuerung der Dauerausstellung eine freiwillige Leistung der Stadt.

In Anbetracht der vorstehend dargestellten Einflussfaktoren kann die Bildung einer ausreichend dotierten Sonderrücklage derzeit nicht garantiert werden. Ohne Streichung anderer Investitionen ist eine HSK-konforme Finanzierung aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht darstellbar.

Lüdenscheid, den 22.11.2018

In Vertretung:

gez. Thomas Ruschin

Thomas Ruschin
Beigeordneter